

## **Dringliche Motion Zora Schneider (PdA)/Angela Falk (AL)/Tabea Rai (AL): Klimamassnahmen prioritär umsetzen**

Der Klimawandel hat zu einer Klimakrise geführt. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind sich einig, dass unser Handeln in den nächsten zehn Jahren über die Zukunft der Menschheit entscheidet. Es ist Fakt: Umfassende Massnahmen müssen sofort ergriffen werden, um eine immer schlimmer werdende Klimakatastrophe zu verhindern. Das Ziel ist, die Erwärmung unter den im Pariser Klimaabkommen festgelegten 2 Grad Celsius zu halten. Denn sogar mit 1,5 Grad Klimaerwärmung kann in zehn Jahren ein Punkt erreicht werden, nach dem der Klimawandel ausser Kontrolle gerät und weitere Massnahmen nicht mehr greifen. Dies ist mit verheerenden Folgen für Natur und Menschheit verbunden. Angesichts der Schwere der Folgen und des Zeitdrucks ist unumgänglich, die Massnahmen gegen die Klimakrise nicht nur tatkräftig, sondern auch sofort umzusetzen – und deshalb auch, sie zu priorisieren. Die Stadt Bern kann und muss regional handeln, um dieses globale Problem anzugehen. Dazu hat sie bereits Pläne ausgearbeitet.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat, die folgenden Forderungen als unterstützende Massnahmen zu betrachten und umzusetzen:

1. Massnahmen zum Klimaschutz müssen vom Gemeinderat priorisiert umgesetzt werden. In einem Bericht soll er zu den einzelnen Punkten seiner Klimastrategie darlegen, welche zusätzlichen Massnahmen er ergreifen will, um der gebotenen Dringlichkeit bei der Umsetzung gerecht zu werden.
2. Bei allen Geschäften soll ihre positive oder negative Wirkung auf den Klimawandel in der gemeinderätlichen Begründung zuhanden des Stadtrats abgewogen und beschrieben werden.

### *Begründung der Dringlichkeit*

Die Stadt Bern muss schnell handeln, um ihren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Es ist notwendig, dass man sich bei allen Geschäften des Stadtrats fragt, welche Auswirkungen sie auf unsere Umwelt haben. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, bis sich drohende Auswirkungen, wie z.B. das Aussterben der Bienen, auch in Bern zeigen werden.

Bern, 28. März 2019

*Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Angela Falk, Zora Schneider*

*Mitunterzeichnende: Brigitte Hilty Haller, Anna Schmassmann, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Lukas Gutzwiller, Patrik Wyss, Marcel Wüthrich, Manuel C. Widmer, Regula Tschanz, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch, Regula Bühlmann, Seraina Patzen, Luzius Theiler*

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Der Gemeinderat der Stadt Bern ist mit den Motionärinnen und Motionären einig, dass es höchste Zeit ist, dem Klimawandel effektiv und mit aller Kraft und griffigen Massnahmen entgegenzutreten.

Er teilt die Meinung, dass zur Erreichung der Ziele des Klimaabkommens von Paris drastische Reduktionen von CO<sub>2</sub>-Emissionen notwendig sind. Das Hauptziel des Übereinkommens von Paris ist es, die Klimaerwärmung gegenüber den vorindustriellen Werten auf deutlich unter 2°C zu beschränken und gleichzeitig die Anstrengungen zu verstärken, damit ein Maximum von 1.5°C erreicht werden kann. Dazu wird im Übereinkommen verdeutlicht, was dieses Ziel für die Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen bedeutet: Die steigenden Emissionen sollen so schnell wie möglich reduziert werden und dann in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf netto Null sinken.

Der Gemeinderat setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Stadt Bern ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich reduziert. Deshalb hat er verbindliche Zwischenziele und entsprechende Massnahmen ausgearbeitet, welche es gilt weiter umzusetzen – gerade auch wenn die Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele spürbar werden.

- Die Stadt baut die Wärme- und Stromversorgung sowie das Mobilitätsangebot total um: Erneuerbare Energieträger ersetzen fossile Energieträger.
- Die verbindlichen Ziele und Massnahmen sind während mehreren Jahren erarbeitet worden und werden umgesetzt. Sie entsprechen den gesetzlichen Möglichkeiten, welche die Stadt Bern nutzen darf.

Die wichtigsten Ziele:

- Bis 2035: Umstellung der Wärmeversorgung für die gesamte Stadt auf 70 % erneuerbare Energieträger.
- Bis 2035: Umstellung der Stromversorgung für die gesamte Stadt auf 80 % erneuerbare Energieträger.
- Bis 2025: Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Wärme, Strom und Mobilität um 30 % gegenüber 2008.
- Bis 2025: Reduktion der von der Mobilität verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 45 % gegenüber 2008.

Die Realisierung der Massnahmen zeigt erste Wirkung. So konnten die territorialen CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Stadt Bern in den letzten 8 Jahren um rund 15 % reduziert werden, wobei die Reduktion im Bereich Immobilien/Wärmeversorgung mit rund 28 % seit 2008 am höchsten liegt. Im Bereich der Mobilität wurden die CO<sub>2</sub>-Emissionen im selben Betrachtungszeitpunkt um rund 5,5 % reduziert. Die Pro-Kopf-Emissionen konnten in der Stadt Bern in den letzten 8 Jahren um rund 1 Tonne CO<sub>2</sub> auf fünf Tonnen/Kopf (inkl. internationalen Flug- und Schiffsreisen) reduziert werden<sup>1</sup>.

Die Stadt Bern hat sich im Rahmen der Energie- und Klimastrategie und im Richtplan Energie ambitionöse Zielsetzungen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen gesetzt. Es ist dem Gemeinderat sehr wichtig, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und an der Massnahmenumsetzung konsequent festzuhalten. Es soll dabei nicht verschwiegen werden, dass die «low-hanging-fruits» mittlerweile grösstenteils abgeerntet sind und die weitere Umsetzung mit grossen Herausforderungen behaftet ist. Entweder sind nächste Schritte mit hohen finanziellen Aufwänden verbunden oder der Stadt fehlen entsprechende Handlungsspielräume aufgrund übergeordneter Gesetzgebungen und Zuständigkeiten. Die Ablehnung der Revision des kantonalen Energiegesetzes im Februar 2019 hat diesen Sachverhalt zusätzlich verstärkt. Für einen wirksamen Klimaschutz ist es entscheidend, die Herausforderungen anzunehmen und sich auf die Realisierung weiterer Massnahmen zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Stadtgebiet zu fokussieren.

---

<sup>1</sup> Stand CO<sub>2</sub>-Emissionen 2017 (Klimagasbilanz der Stadt Bern)

Der Gemeinderat ist seit Jahren daran, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Stadt Bern zu reduzieren. Die bereits gesetzten und verbindlichen Zwischenziele hat der Gemeinderat noch längstens nicht erreicht. Der Gemeinderat arbeitet aktuell einen Massnahmenkatalog aus, damit (auch wegen des abgelehnten kantonalen Energiegesetzes) eine weitere Beschleunigung der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht werden kann.

Der Gemeinderat erwartet von Bund und Kanton, dass auch sie ihre Verantwortung wahrnehmen und konkrete Zwischenziele und Massnahmen ausarbeiten, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. Auf Bundesebene wird zurzeit über die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes diskutiert. Der Gemeinderat fordert dabei, dass sich auch der Bund hohe inländische Reduktionsziele setzt. Der Bund soll seine CO<sub>2</sub>-Neutralität nicht durch den Kauf von ausländischen Zertifikaten erkaufen. Dies hätte auch einen negativen Einfluss auf die Anstrengungen der Stadt Bern.

Der Gemeinderat erwartet zudem seitens des Kantons, dass er seine Gesetzgebung entsprechend anpasst, damit die Stadt Bern zusätzliche Massnahmen (z.B. Verbot von neuen Ölheizungen) einführen kann. Das Klima ist in Not. Deshalb braucht es alle politischen Ebenen, damit die Ziele des Pariser Abkommens erfüllt werden können.

Aufgrund der (rechtlich) beschränkten Handlungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene erwartet der Gemeinderat von Bund und Kanton die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche die Zielerreichung auf städtischer Ebene unterstützen.

Der Gemeinderat hält an den bestehenden Instrumenten fest und setzt sich konsequent für die Erreichung der Ziele ein. Zusätzlich erarbeitet er jedoch noch ein weiteres Massnahmenpaket, damit er die Zwischenziele auch unter schlechten, gesetzlich übergeordneten Voraussetzungen erfüllen kann.

Bei der Überarbeitung der Energie- und Klimastrategie für die Periode 2026 bis 2035 müssen neue Ziele definiert werden, damit die Stadt Bern weiter den Weg in Richtung fossil CO<sub>2</sub>-freie Stadt geht. So strebt der Gemeinderat für diese Periode eine möglichst CO<sub>2</sub>-freie Mobilität und Wärmeversorgung in der Stadt Bern an. In der Ausarbeitung der Energie- und Klimastrategie 2026 bis 2035 werden zudem auch alle anderen Ziele überarbeitet mit dem Ziel, dass die Stadt Bern ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss derart reduziert, dass damit ein maximaler Beitrag zum Ziel des Pariser Klimaschutz-Übereinkommens, den globalen Temperaturanstieg bei max. 1.5°C zu begrenzen, leistet. Der Gemeinderat strebt für diese Periode eine Reduktion der städtischen, territorialen CO<sub>2</sub>-Emissionen (ohne Kompensation durch Kauf von Klima-Zertifikaten) auf eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr an.

#### *Zu Punkt 1:*

Der Gemeinderat teilt, wie oben dargelegt, die Forderung der Motionärinnen, dass Massnahmen zum Klimaschutz, insbesondere Massnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion, prioritär umgesetzt werden müssen. Er ist gerne bereit den Schwung und die Dynamik der aktuellen Diskussionen in diesem Sinne zu nutzen und sich für die Schaffung notwendiger zusätzlicher Massnahmen sowie für die Beschleunigung bestehender Massnahmen einzusetzen.

#### *Zu Punkt 2:*

Der Gemeinderat unterstützt grundsätzlich die Idee, dass Geschäfte auf ihre positive oder negative Wirkung auf den Klimawandel hin überprüft werden. Stehen Alternativen zur Verfügung, ist nach seinem Verständnis in jedem Fall das am wenigsten klimaschädliche Vorgehen/Produkt zu wählen.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Keine. Es werden separate Anträge für die konkrete Umsetzung einzelner Massnahmen gestellt.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 22. Mai 2019

Der Gemeinderat